

Studierendenschaft der Universität Hamburg

Vorlage 2526/031.01

- Studierendenparlament -

Wahlperiode 2025/2026

19. November 2025

Unterrichtung durch das Präsidium des Studierendenparlamentes

Der Hauptausschuss hat sich in seiner Sitzung am 19. November 2025 auf Grundlage eines Sachantrags auf Vorlage 2526/031 für folgende Beschlussempfehlung für das Studierendenparlament ausgesprochen:

Erhalt des Arbeitsbereich Pädagogik bei Behinderung und Benachteiligung (PBB)

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Angesichts der aktuellen Auseinandersetzungen um die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschule (siehe Beschluss XXX) fordert das Studierendenparlament die politischen Verantwortlichen und alle Mitglieder der Hochschule auf, alle ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, um für den Erhalt bestehender Lehre und Studiengänge zu tun! Auch kleinere Studiengänge sind es wert, erhalten und gefördert zu werden – gleiches gilt für kleinere Schwerpunkte in größeren Fächern.

Das StuPa hält es daher für inakzeptabel, dass die Fakultät der Erziehungswissenschaft der Uni Hamburg sich gezwungen sieht, den Schwerpunkt des Arbeitsbereich Pädagogik bei Behinderung und Benachteiligung (PBB) auszusetzen und vorerst keine Lehrveranstaltungen mehr zu planen. Hier zeigt sich erneut: Kürzungspolitik geht stets zu Lasten der Arbeitenden und Studierenden, und trifft inhaltlich am stärksten sozialkritische Wissenschaft und jene die am stärksten sozial benachteiligt sind.

Seit 2005 wurde im Fachbereich 2 der Fakultät IV: Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft der Schwerpunkt angeboten und war stets integraler Bestandteil der Lehre.

Dass die Uni Hamburg wegen der Unterfinanzierung nach der anstehenden Emeritierung von Prof. Dr. phil. Iris Beck (Professorin für Erziehungswissenschaft unter bes. Berücksichtigung der Behindertenpädagogik, Schwerpunkt Allgemeine Behindertenpädagogik und Soziologie) sich nicht in der Lage sieht, die Nachbesetzung verbindlich sicherzustellen, zeigt, dass die Kürzungspolitik unentbehrliche Forschung und Lehre gerade im Bereich sozialer Progression angreift. Diese Maßnahme reiht sich ein in die tiefgreifenden und verheerenden Pläne der Bundesregierung, einen sozialen Kahlschlag durchzuführen. Debatten um die Bezahlung des Pflegegrads 1, das Schließen von Krankenhäusern, wie in Hamburg-Wilhelmsburg, die fehlenden Ausfinanzierung der Weiterbildung der Psychologiestudierenden oder die Angriffe auf den ersten Krankheitstag der Arbeitenden offenbaren genau jenes Vorgehen: Für Militär und

Rüstung gibt es Geld und für Gesundheit und Bildung sollen die Arbeitenden und Studierenden selbst aufkommen.

Der „Herbst der Kürzungen“ wird zeigen mit welcher Härte die Angriffe durch Landes- und Bundesregierung, sowie durch Arbeitgeber- und Kassenverbände auf die Arbeitenden und Studierenden weitergehen werden.

Das StuPa fordert das Präsidium der Uni Hamburg auf, sich sofort dem Erhalt dieses Schwerpunktes zu widmen und sich für eine Neubesetzung der Lehrstelle einzusetzen. Ebenfalls unterstützt das StuPa alle Aktivitäten der Studierenden gegen diesen Eingriff in die Lehre und gegen die Angriffe auf das Bildungs- und Sozialsystem. Als Studierendenschaft und Gesellschaft brauchen wir eine ausfinanziertes Bildungs- und Gesundheitssystem sowie Sozialwesen, welches allen Menschen den Zugang zur Bildung, ermöglicht.

Der Arbeitsbereich Pädagogik bei Behinderung und Benachteiligung (PBB) gehört an die Uni Hamburg!